

Thiel, Eberhard

Article — Digitized Version

Etatentwurf mit Risiken

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Thiel, Eberhard (1992) : Etatentwurf mit Risiken, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 72, Iss. 7, pp. 336-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136896>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Der vom Kabinett verabschiedete Entwurf des Bundeshaushalts für 1993 sieht eine Ausgabensteigerung von 2,5 % vor; die mittelfristige Finanzplanung bis 1996 enthält im Durchschnitt sogar nur eine jährliche Steigerung um 2,3%. Das bedeutet zumindest für das kommende Jahr eine reale Abnahme der Bundesaussgaben und damit in vielen Bereichen einen Rückgang der Staatsleistungen. Befürworter eines Rückzugs des Staates aus Wirtschaft und Gesellschaft werden dieses als Wende begrüßen; gegen solche Erwartungen sprechen aber einige Überlegungen.

Wenn der Bundesetat auch stets im Mittelpunkt politischer Auseinandersetzungen steht, so ist doch gleichzeitig die Entwicklung von Ausgaben der Länder und Gemeinden zu berücksichtigen. Diese haben bereits signalisiert, daß schon eine Wachstumsbeschränkung ihrer Ausgaben auf 3% angesichts ihrer Haushaltsstrukturen in den nächsten Jahren wohl kaum möglich sei. Außerdem sind neben den Sozialversicherungen die bisher noch ausgegliederten Fonds Deutsche Einheit, Kreditabwicklungsfonds und Treuhandanstalt insbesondere für die Beurteilung der Nettokreditaufnahme zu berücksichtigen.

Der Bund strebt für das nächste Jahr einen Rückgang seiner Neuverschuldung auf 38 Mrd. DM an, für das Jahr 1996 sogar auf 22 Mrd. DM. Gleichzeitig erwartet er ein jährliches Wachstum der Steuereinnahmen von 4,7%. Der Bundeshaushalt verliert jedoch bei Nichtbeachtung der genannten Fonds erheblich an Informationswert. So werden die Zinsleistungen des Kreditabwicklungsfonds, der Ende 1993 aufgelöst werden soll, auf die Gebietskörperschaften verteilt werden, wobei die Aufteilung höchst strittig ist.

Auch die bei der Treuhandanstalt aufgelaufenen Altschulden und Belastungen durch ihren laufenden Betrieb werden ab 1995 von Bund und Ländern bedient werden müssen.



Eberhard Thiel

Etatentwurf mit Risiken

Der Bund hat in seiner mittelfristigen Finanzplanung hierfür Beträge eingestellt und erwartet, daß die Länder ähnliches tun, ehe im Rahmen des Länderfinanzausgleichs ab 1995 die Verteilung der Finanzmittel neu geregelt werden muß. Inzwischen hat der Bund die Länder und Gemeinden aufgefordert, es ihm gleich zu tun und die Mehreinnahmen aufgrund des Zinsabschlaggesetzes dem Fonds Deutsche Einheit zukommen zu lassen.

Trotz der genannten Risiken plant der Bund eine recht bescheidene Ausdehnung seiner Ausgaben. Die Planung geht somit davon aus, daß das Wachstum der übrigen Ausgaben drastisch vermindert werden kann. Einige Subventionsarten (Luftfahrt, Kokskohle-Beihilfe) sollen gekürzt werden, und Fortbildungs-, Umschulungs- und ABM-Maßnahmen werden zurückgenommen, damit die Bundesanstalt für Arbeit den Bundeshaushalt nicht belastet. Dennoch bleiben Zweifel, ob die realen Verminderungen der Leistungsabgaben in dem erforderlichen Umfang durchgesetzt werden können. Die neuen Länder lassen denn auch keine Gelegenheit aus, um eine stärkere Umschichtung der traditionell den alten Bundesländern zufließenden Fördermittel des Bundes anzumahnen. Die Planungen des Bundes gehen davon aus, daß sich die west-

lichen Länder und Gemeinden auf den vom Bund jetzt vorgegebenen Kurs einschwören lassen.

In bezug auf die neuen Bundesländer sind die Finanzierungsfragen noch nicht beantwortet, und es ist zu erwarten, daß alle staatlichen Planungen und Rechnungen in diesem Jahrzehnt unter dem Vorbehalt der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung Ostdeutschlands stehen werden. Die mittelfristigen Folgen einer nicht ausreichenden Berücksichtigung der Erfordernisse in Ostdeutschland werden für die Gesellschaft wohl schwerer zu ertragen sein als der Verzicht auf einige öffentliche Leistungen oder auf Konsumsteigerungen der privaten Haushalte.

Die Opposition hat schon alternative Pläne angekündigt, die insbesondere den Aufbau im Osten und seine Finanzierung durch neue Abgaben betreffen. Da auch von Mitgliedern der Bundesregierung eine Erhöhung der Abgaben nicht mehr völlig ausgeschlossen wird, kann durchaus mit einer Konsolidierung des Bundeshaushalts auch durch erhöhte Abgaben gerechnet werden, wenn die Ausgabenminderung nicht in dem erforderlichen Ausmaß erfolgt. Damit wäre eine Abkehr von der 1989/90 veröffentlichten offiziellen Meinung gegeben, daß die deutsche Vereinigung ohne finanzielle Belastungen zu vollziehen sei. Wie schon bei den beschlossenen Abgabenerhöhungen werden auch in Zukunft weniger die EG, der Umweltschutz oder die Bahnsanierung die Gründe sein, die zu einer Steigerung der staatlichen Abgaben führen werden. Vielmehr sind die Konsequenzen der hohen Arbeitslosigkeit und weitere Bemühungen um Modernisierung der Infrastruktur in Ostdeutschland zu bezahlen. Der Entwurf des Bundeshaushalts 1993 steht somit durchaus noch unter erheblichen Vorbehalten. Er ist zunächst wohl eher als Aufforderung zu verstehen, die Voraussetzungen zu schaffen, damit er Realität werden kann.